

Simonis, Udo E.

Article — Digitized Version

Präventive Umweltpolitik - Konzept und Informationsbedarf

Universitas: Orientieren! Wissen! Handeln!

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1985) : Präventive Umweltpolitik - Konzept und Informationsbedarf, Universitas: Orientieren! Wissen! Handeln!, ISSN 0041-9079, Hirzel, Stuttgart, Vol. 40, Iss. 2=465, pp. 121-130

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112073>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

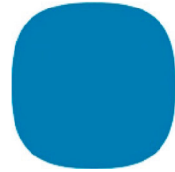
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Präventive Umweltpolitik – Konzept und Informationsbedarf

Prof. Dr. Udo E. Simonis, Berlin
Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft

„Umweltpolitik läßt sich definieren als Gesamtheit der Ziele und Maßnahmen gesellschaftlicher Akteure, die den Umgang der Gesellschaft mit der Umwelt als natürlichem System regeln; sie hat Sanierungs-, Erhaltungs- und Gestaltungsaspekte. Da die Gesellschaft in ihrer Existenz letztlich von der natürlichen Umwelt und ihren Ressourcen abhängt, deckt Umweltpolitik prinzipiell alle Regeln ab, die den Umgang des Menschen mit der Natur zum Inhalt haben.“¹ Die Praxis folgt einer solch weiten Begriffsfassung nicht. Als Objektbereich der praktischen Umweltpolitik wird meist nur ein Teil der Beziehungen zwischen Umwelt und Gesellschaft verstanden – Umweltpolitik wird als medien-spezifische Politik der Luft- und Wasserreinhaltung, des Lärmschutzes und der Abfallbeseitigung begriffen; der Sanierungsaspekt steht dabei im Vordergrund. Diese konventionelle Umweltpolitik war und ist aus einer Reihe von Gründen sinnvoll und weiterhin erforderlich. Sie hat jedoch zahlreiche Schwächen. Einige dieser Schwächen werden im folgenden Beitrag benannt und Vorschläge zu ihrer Überwindung im Rahmen einer präventiv-orientierten Umweltpolitik unterbreitet. Zugleich soll die Aufgabenstellung eines Projektbereichs „Umweltberichterstattung“ skizziert werden; zudem wird auf die erhebliche Bedeutung des Informationsfaktors für eine erfolgreiche Umweltpolitik hingewiesen.

Präventive Umweltpolitik als Konzept und Strategie

In seinem Essay „Zur Lage der Natur in der Nation“ hat Christian Schütze 1981 ein zentrales Problem auf den Punkt gebracht, vor dem die bisherige Umweltpolitik hierzulande – aber auch anderswo – steht: „Das Nachzahlen hat begonnen – vom hessischen Ried bis nach Goslar, vom Bayerischen Wald bis zu den Fischmärkten von Cuxhaven.“² Schriebe er heute, kämen wohl Buschhaus und Georgswerder als weitere Symbole nach-sorgender Umweltpolitik hinzu. Seit man die für den Umweltschutz aufgebrauchten Mittel systema-

tisch zählt (1971), ergibt sich für die Bundesrepublik Deutschland inzwischen die stattliche Summe von insgesamt 150 Milliarden Mark. Das Nachzahlen scheint also voll im Gange zu sein – nachgetragene Zahlungen für die akkumulierten externen Kosten der Produktion und des Konsums in der Vergangenheit.

Zahlen wie diese sind allerdings höchst ambivalent: Sie geben einerseits Anlaß für stolze politische Aussagen über die Erfolge im Bereich des Umweltschutzes; sie sind andererseits – vermutlich – die unterste Grenze des Notwendigen, um langfristig die Lebensgrundlagen der Gesellschaft zu sichern. Zahlen wie diese zeigen zugleich die sich wandelnden gesellschaftlichen Präferenzen und Prioritäten. Sie symbolisieren aber auch die Defizite der bisherigen Umweltpolitik: Aufwendungen für Umweltschutz werden erbracht, wenn nicht mehr zu verkennende, nicht mehr abzustreitende Schäden an der natürlichen Umwelt eingetreten sind. Sie setzen nachträglich an, sind Reparatur am gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß, Anzeichen einer reaktiven Umweltpolitik – einer nachsorgenden Politik, die auf Schäden reagiert (reagieren muß), sie aber nicht verhindert hat (verhindern konnte).

Reaktive, nach-sorgende Umweltpolitik ist in vielfältiger Weise defizitär: Zunächst ist sie teuer. Sie identifiziert das Problem meistens sehr spät, ihre Maßnahmen setzen gelegentlich so spät an, daß die betroffenen Öko-Systeme nicht mehr gerettet werden können. Ihr Objektbereich betrifft außerdem nur einen Teil der Beziehungen zwischen Umwelt und Gesellschaft: sie wird als medien-spezifische Politik der Luft- und Wasserreinhaltung, des Lärmschutzes und der Abfallbeseitigung betrieben. Damit birgt sie das besondere Risiko der fehlenden Abstimmung: Inter-mediale Problemverschiebung (von Luft zu Wasser) und inter-regionale Problemverlagerung (grenzüberschreitender Transport von Schadstoffen) können die Folge sein. Die konventionelle Umweltpolitik gerät darüber hinaus auch in ein Prinzipien-Dilemma, weil die Ursachen der Probleme nachträglich um-interpretiert werden können: Wenn Sofortmaßnahmen unumgänglich werden, verschiebt sich im politischen Bargaining-Prozeß die Argumentation vom grundsätzlich befürworteten Verursacherprinzip zum Gemeinlastprinzip; die Verteilung der Lasten (Kosten) des Umweltschutzes verlagert sich vom individuellen (privaten) Verursacher auf die Gemeinde, den Staat, die Gesellschaft als Ganzes.

Es gilt daher die Forschung, diese Defizite der bisherigen, reaktiven (nach-sorgenden) Umweltpolitik zu thematisieren und ihnen das Konzept einer „präventiven (vor-sorgenden) Umweltpolitik“ entgegenzustellen. Un es muß

auch der Weg zu einem allmählichen Übergang von der reaktiven zur präventiven Umweltpolitik aufgezeigt werden².

Forschung zur präventiven Umweltpolitik ist schwierig, sie ist aber erforderlich,

- weil der Druck nach kostengünstigeren Lösungen als kurativer Maßnahmen angesichts der Fülle von Aufgaben (Beispiel: abgasarme Autos, Entschwefelung von Energieanlagen) wächst;
- wegen der Notwendigkeit frühzeitiger Identifizierung zukünftiger Umweltprobleme (Beispiel: Auswirkungen neuer Technologien);
- wegen der Notwendigkeit der rechtzeitigen Bestimmung von Prioritäten des Handelns (Beispiel: Waldsterben) usw.

Forschung zur praktischen Durchsetzung präventiver Umweltpolitik ist schwierig, weil:

- präventive Umweltpolitik in besonderer Weise vor den Problemen von Komplexität, Unsicherheit und Zeitdruck steht;
- analytische Methoden und politische Verfahrensweisen benötigt werden, die nicht hinreichend bekannt oder noch nicht getestet sind;
- institutionelle Vorkehrungen und besondere administrative Fähigkeiten erforderlich sind, um antizipative Aktionen (Maßnahmen, Programme) durchführen zu können usw.

Aus vielen praktischen Gründen macht eine Hinwendung zur Prävention nachsorgende Umweltpolitik nicht überflüssig: Altlasten müssen abgetragen, nicht vorhersehbare Probleme müssen ex post behandelt werden. In pragmatischem Sinne verstanden ergänzen sich vorsorgende und nachsorgende Umweltpolitik – eine Analogie mit der Praxis der Medizin erscheint hier angebracht.

Es gibt eine zweite grundsätzlich mögliche Sichtweise präventiver Umweltpolitik, die sich als „Ökologische Modernisierung aller Politikbereiche“ umschreiben läßt. Neben der etablierten Umweltpolitik – im Sinne der Politik der Luft- und Wasserreinhaltung, des Lärmschutzes und der Abfallbeseitigung – und über sie hinaus beeinflussen die Entscheidungen in anderen etablierten Politikbereichen die Umweltqualität. Dies trifft vor allem für jene Politikbereiche zu, die den Materialkreislauf und entsprechende technische Systeme mit steuern – wie insbesondere die Technologiepolitik, die Agrarpolitik und die Energiepolitik. Unter dem Gesichtspunkt der Prävention von Umweltbelastungen wird hier die Frage interessant, ob und inwieweit ökologische Überlegungen, Aspekte und Ansatzpunkte in diese traditionellen Politikbereiche Eingang

gefunden haben, beziehungsweise wie eine schrittweise Einführung und Durchsetzung ökologischer Denkmuster in umweltrelevanten Politikbereichen erfolgen kann.

Die Erwartungen an eine stärker präventiv-orientierte Umweltpolitik dürfen indes nicht zu hoch geschraubt werden: Auch zukünftige Umweltpolitik wird nicht eine Politik der absoluten Schadensvermeidung, sondern bestenfalls eine solche der gegenüber der herkömmlichen Umweltpolitik nachhaltigeren Schadensbegrenzung sein.

Der Informationsaspekt präventiver Umweltpolitik

Präventiv-orientierte Umweltpolitik setzt bessere, vergleichsweise weitreichende und umfassende Information voraus⁴. Während sich ad-hoc-Maßnahmen zum Umweltschutz auf einzelne akute und damit bekannte Probleme beziehen, agiert präventive Umweltpolitik stärker im Vorfeld möglicher Umweltschädigung. Dabei kommen viele, häufig noch unbestimmte Einflüsse und komplex miteinander verknüpfte Variable ins Spiel.

Diesem Informationsaspekt präventiver Umweltpolitik soll im folgenden anhand dreier Fragen nachgegangen werden:

- Welche besondere Information erfordert präventive Umweltpolitik, und welches idealtypische Profil ergibt sich damit für eine entsprechende Umweltberichterstattung?
- Wo bestehen bereits Ansätze in dieser Richtung?
- Welche Momente wirken zugunsten einer präventiv ausgerichteten Umweltinformationen und welche stehen einer solchen Entwicklung entgegen?

Präventive Umweltpolitik kann als aktiv gestaltende (längerfristig angelegte) Politik verstanden werden, die sich insbesondere mit der ökologisch verträglichen Weiterentwicklung wirtschaftlicher, technischer und gesellschaftlicher Strukturen befaßt. Anders als der (medial gegliederte) herkömmliche Umweltschutz bezieht sich präventive Umweltpolitik damit stärker auf anthropogene Entstehungsbedingungen von Umweltbelastungen. Anders als im Umweltschutz, der auf das Management besonderer Gefahrensituationen ausgerichtet ist, stehen die Alltagsformen von Produktion, Konsum, Kommunikation und Transport im Mittelpunkt. Aus diesen charakteristischen Merkmalen einer präventiven Umweltpolitik ergeben sich die Zielsetzungen und Schwerpunkte einer entsprechenden laufenden Umweltberichterstattung (Idealtypus):

Erforderlich sind Informationen darüber, wie sich die zugrundeliegenden Bedingungskomplexe der Umweltbelastung entwickeln. Neben die Informationen über Umweltbelastungen am Ende der Wirkungskette (Schadstoffemission, Deposition, Folgeschäden) müssen also vermehrt ursachenorientierte Informationen treten. Von besonderer Bedeutung hierbei sind solche über die Entwicklung der Schadstoffemissionen und der Ausgangsgrößen für Abfälle, den Verbrauch beziehungsweise den Nutzungsgrad von Ressourcen (wie Energie, Fläche), die prozeßtechnische Entwicklung umweltbelastender Anlagen oder Abläufe (in Produktion, Haushalt, Verkehr) und die Entwicklung der Anteile wenig umweltbelastender Wirtschaftsbereiche, Verkehrssysteme, Konsum- und Lebensformen.

Präventiv orientierte Umweltberichterstattung zielt also primär auf kontinuierliche Informationen über die Strukturentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft unter Umweltgesichtspunkten. Sie muß es möglich machen, umweltrelevante Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen, um sogenannte Sachzwänge zu vermeiden und ohne zu großen Zeitdruck überlegt handeln zu können.

Zwei Beispiele präventiv orientierter Umweltberichterstattung

Mehrere Länder und internationale Organisationen haben konzeptuelle Ansätze zur Umweltberichterstattung entwickelt, die den Präventivaspekt aufgreifen. Beispiele dieser Art sind die „Materials/Energy Balances“ und das „Stress-Response Environmental Statistical System“⁵.

Als Teil eines umfassenden Konzepts für Umweltstatistik hat das statistische Büro der Vereinten Nationen einen Richtlinien-Entwurf über Materials/Energy Balances (MEB) vorgelegt. Dieses statistische System ist darauf ausgerichtet, die Gewinnung und Umwandlung von Material und Energie aus natürlichen Ressourcen nachzuvollziehen bis hin zur letzten Nutzung – und von dort zurück zur natürlichen Umwelt (Abfall) beziehungsweise zur Weiterverwendung im Produktionsprozeß (Recycling). MEB kann in gewisser Weise als umweltbezogene Anwendung der Input-Output-Methode betrachtet werden. Zur Anwendung dieses Systems sind Datensätze vorgesehen über Produktion, Konsumtion, Bestand an Ressourcen; Ressourcenfluß durch Produktions- beziehungsweise Konversionsprozesse und Nutzungssektoren; Produktion, Konsumtion und Bestände dauerhafter Güter sowie Beziehungen zwischen ökonomischen Aktivitäten und der Entstehung und Verteilung von Abfall.

Dieses System ist also höchst anspruchsvoll im Verhältnis zu den statistischen Kapazitäten der meisten Länder. Es ist zugleich kritikbedürftig in dem Sinne, daß es zum Beispiel Auswirkungen der Umweltsituation auf die Gesundheit des Menschen nicht einbezieht. Eine praktische Nutzung dieses Ansatzes ist bisher nur in Form einzelner Fallstudien erfolgt.

Im Mittelpunkt des „Stress-Response Environmental Statistical System“ (STRESS) steht die Beziehung zwischen der Produktions-/Konsumtionstätigkeit und der Veränderung des Zustands der Umwelt. Es unterscheidet in Ansatzpunkte für „präventive Maßnahmen“ und „kurative Maßnahmen“⁶.

Zur Anwendung dieses Systems sind Datensätze erforderlich über Stress-Daten (Aktivitäten, die zur Belastung der Umwelt beitragen); Response-Daten (zu beobachtende Effekte des Stress im Bereich der Umwelt); Aktivitäts-(Reaktions-)Daten (kollektive und individuelle Reaktionen auf Umweltveränderungen, Konservierungsmaßnahmen).

Das STRESS-System wurde im Rahmen einer Fallstudie am Unteren St. Lorenz-Strom (Kanada) durchgespielt und in Kombination mit ökologischen Erhebungen angewandt. Die ECE (Economic Commission for Europe) hat eine Studie über die Anwendbarkeit des Systems für die Strukturierung nationaler statistischer Kompendia vorgelegt. STRESS wurde darin als wichtiges Instrument für die Erfassung von Umweltphänomenen und die Verbesserung der Umwelt-Datenbasis bezeichnet⁷.

Es ist zu betonen, daß mit diesen und ähnlichen Systemen die Möglichkeiten und Ansatzpunkte der informativen Grundlegung einer präventiven Umweltpolitik natürlich keineswegs ausgeschöpft sind. Insbesondere ist zu verweisen auf Arbeiten zur systematischen Überprüfung des betriebs- und volkswirtschaftlichen Rechnungswesens, bei denen Umweltgesichtspunkte ausführlich behandelt werden⁸. Insgesamt gesehen ist aber eine theoretisch fundierte Strukturierung der Umweltberichterstattung bisher noch nicht gelungen oder erst ansatzweise vorhanden⁹.

Umweltberichterstattung in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik Deutschland ist eine systematische Aufarbeitung von vorhandenen Umweltberichten unter dem Aspekt der Prävention noch nicht erfolgt; sie hat erst Projektcharakter. Betrachtet man die wichtigsten Berichtserien zum Stand der Umweltqualität beziehungsweise des Umweltschutzes, so kann man folgendes feststellen:

Der überwiegende Teil der bisherigen Umweltberichterstattung besteht aus medienspezifischen Berichten – vor allem über die Qualität von Luft und Wasser – oder aus Berichten über Art und Entwicklung spezifischer Umweltbelastungen (Lärm, Abfall, Strahlung). Hierzu sind vor allem zu rechnen die medienspezifischen Berichtsreihen der Bundesländer, des Umweltbundesamts und regionaler Institutionen (z. B. Rheinschutz-Kommission), die Luftreinhaltepläne einzelner Bundesländer, entsprechende Teile in Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen, verschiedene Abschnitte in den Materialien zum Immissionsschutzbericht der Bundesregierung (Umweltbundesamt)¹⁰ und – last but not least – der „Umwelt-Atlas“ von Koch/Vahrenholt¹¹.

Medienübergreifende Berichte zur Umweltqualität gibt es dagegen bisher nur in seltenen Fällen. Auf seiten der Bundesländer ist in den letzten Jahren – ausgehend vor allem von Arbeiten in Baden-Württemberg – ein Trend festzustellen, systematischer und qualitativ anspruchsvoller über ökologische Zusammenhänge zu berichten; ein Beispiel dafür ist der Umweltbericht 1983 des Landes Rheinland-Pfalz¹². Auch hierin wird zwar schwerpunktmäßig über den Zustand der Umwelt in einzelnen Umweltmedien berichtet, doch sind bereits verschiedene präventionsrelevante Bereiche (z. B. Verkehrsstrukturen, landwirtschaftliche Anbauformen) in diese Berichte mit aufgenommen. Der Stand dieser Art der Berichterstattung ist in den einzelnen Bundesländern jedoch höchst uneinheitlich. Einzelne Bundesländer haben im Vergleich zu den genannten Beispielen bisher nur bessere Wahlkampfbroschüren zu Umweltfragen verbreitet, andere haben bisher noch gar keinen umfassenden Bericht zur Umweltqualität erstellt. Im Umweltbundesamt wird seit längeren an einer systematischen Umweltberichterstattung mit medienspezifischen und medienübergreifenden Angaben gearbeitet; die Veröffentlichung der „Daten zur Umwelt“ ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

Berichte über Umweltschutzaktivitäten sind seit vielen Jahren und auf den verschiedenen Ebenen (Kommune, Verband, Land, Bund) üblich. Dabei tauchen zunehmend Berichte über Maßnahmen im Energiebereich auf, die ursprünglich nicht oder nur am Rande unter Umweltgesichtspunkten begonnen wurden (Umstellung auf Fernheizung, Energieeinsparung usw.). Diese Berichte sind in der Regel jedoch nicht systematisch angelegt, sondern stellen oft nur die getroffenen Maßnahmen und ihre Kosten, den Implementationsgrad oder die sichtbaren Ergebnisse jeweils für sich dar. Es findet also zumeist keine übergreifende Einordnung, Gewichtung und Bewertung statt.

Datenreihen über präventionsrelevante Wirtschaftsbereiche wie umwelt-

belastende Produktion und Konsumtion, Verkehrs- und Energiestrukturen usw. liegen in großem Umfang, jedoch außerhalb der offiziellen und inoffiziellen Umweltberichterstattung vor. Ihre umweltbezogene Aufarbeitung ist im wesentlichen erst noch zu leisten.

Vorläufiges Fazit: Unter dem Präventionsaspekt ist die Umweltberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland bisher nur schwach entwickelt, ähnlich wie in den meisten anderen Ländern. Neben dem relativen Übergewicht medien-spezifischer (schadensnaher bzw. ursachenferner) Berichte bestehen bisher erst Ansätze zu einer präventionsrelevanten (ursachennahen) Umweltberichterstattung. Ein Großteil der hierfür benötigten Informationen ist jedoch in Berichtsreihen außerhalb der bisherigen Umweltberichterstattung zu finden.

Pro und Contra präventiv-orientierter Umweltberichterstattung

Einige der Momente, die für beziehungsweise gegen eine präventivorientierte Umweltberichterstattung wirken, sollen abschließend thesenartig formuliert werden. Zugunsten einer präventiv-orientierten Umweltberichterstattung dürften vor allem folgende Momente wirken:

Ausgelöst durch nicht mehr übersehbare Umweltschäden (z. B. das Waldsterben) ist das allgemeine Umweltbewußtsein und damit auch der politische Druck zugunsten einer wirkungsvollen Umweltpolitik in den letzten Jahren gewachsen. Im Zusammenhang damit wird der Vorsorge-Anspruch der Umweltpolitik zunehmend gebilligt; Informationen über die Entwicklung ursächlicher Bereiche der Umweltbelastung und über ursachenadäquate Maßnahmen gewinnen politisch an Gewicht.

Präventionsrelevante Strukturdaten sind – da mit akuten Umweltschäden durch zahlreiche Vermittlungsglieder verbunden – für legitimationsabhängige Institutionen und Verbände tendenziell weniger problematisch als schadensnahe Umweltinformationen. Auf der individuellen Ebene sind präventionsrelevante Bereiche oft sogar überwiegend positiv besetzt – so etwa die Energieeinsparung, weil hier zugleich ökonomische Vorteile gegeben sind.

Viele präventionsrelevante Strukturdaten, die nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch, sozial und technisch wichtig sind, liegen bereits vor; sie müssen also im Gegensatz zu schadensnahen Daten nicht erst neu erhoben werden und sind vergleichsweise kostengünstig aufzuarbeiten.

Es gibt demgegenüber auch eine Reihe von Hindernissen, die eine rasche Entwicklung zugunsten einer präventiv-orientierten Umweltberichterstattung erschweren:

Sollen bestimmte Bereiche wie Wirtschaft, Verkehr, Technologie unter Umweltgesichtspunkten systematisch betrachtet und entsprechende Daten entwickelt und veröffentlicht werden, so bedeutet dies einen Informationsgewinn für die Umweltinstitutionen und die Öffentlichkeit insgesamt, aber gleichzeitig einen relativen Informationsverlust bei anderen Institutionen – Information determiniert die Einflußmöglichkeiten.

Neben dem Hegemonieanspruch von Institutionen stehen die Interessen jener Individuen, Unternehmen, Verbände und Behörden, über deren Handeln unter Umweltgesichtspunkten berichtet werden soll. Wie gegen jede tatsächliche oder vermeintliche Bedrohung der „Informations-Autonomie“ wird sich auch gegen eine präventiv-orientierte Umweltinformation Widerstand entwickeln, der – gepaart mit politischen und ideologischen Grundpositionen – systematische Umweltberichterstattung blockieren kann.

Schließlich ist die praktische Umweltpolitik in den meisten Staaten nach dem Gliederungsschema bereits vertrauter Umweltmedien organisiert. Ein Übergang zu einer stärker präventiv-orientierten Umweltpolitik und entsprechender Umweltberichterstattung ist wohl auch von daher nur teilweise und in kleinen Schritten realisierbar.

Einige Schlußfolgerungen

Für die praktische Entwicklung einer präventiv-orientierten Umweltberichterstattung ergeben sich einige Schlußfolgerungen:

- Eine regelmäßige, systematische Information über Strukturentwicklungen von Wirtschaft, Technik und Gesellschaft, die die Umweltsituation maßgeblich beeinflussen, sollte fester Bestandteil der Umweltberichterstattung werden.
- Präventionsrelevante Information kann vielfach durch Nutzung vorhandener Datenreihen außerhalb der bisherigen Umweltberichterstattung gewonnen werden. Die spezifische Aufgabe besteht hierbei darin, vorhandene Daten unter Umweltgesichtspunkten aufzuarbeiten bzw. sie in Verbindung zueinander zu bringen. Insoweit wesentliche Informationsinhalte der Umweltproblematik fehlen, müssen Daten zusätzlich erhoben werden.

-
- Umweltpolitisch ist es wichtig, die gesellschaftliche Legitimation für Umweltschutzmaßnahmen zu sichern. Auch aus diesem Grunde muß die schadensnahe Information weiter verbessert und aktualisiert werden.
 - Um eine effektive, präventiv-orientierte Umweltberichterstattung entwickeln zu können, muß die institutionelle Informationsabschottung und eine individuelle Informationsblockade überflüssig werden: Transparenz ist auch und besonders für die Umweltberichterstattung geboten.
 - Um einerseits die allgemeinen Anforderungen an die Umweltberichterstattung zu erfüllen und andererseits die Berichterstattung handhabbar zu halten, kommt der Forschung über aussagekräftige Umweltindikatoren besondere Bedeutung zu.
 - Auf längere Sicht kommt es darauf an, präventions-orientierte Umweltberichterstattung in die gesamtgesellschaftliche Berichterstattung zu integrieren; Umweltberichterstattung muß zu einem organischen Teil der allgemeinen Statistiken werden.

Anmerkungen

¹ Forschungsprogramm 1983–1987 des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft (IIUG), Berlin, Oktober 1982, 34 Seiten, hier: S. 6. – ² In: Scheidewege, 11. Jg., 1, 1981, S. 128 ff., hier: S. 139. – ³ Vgl. Forschungsprogramm 1983–1987, a.a.O., insbes. S. 7 ff. – ⁴ Vgl. hierzu V. Prittitz: Der Informationsaspekt präventiver Umweltpolitik, internes Arbeitspapier, IIUG, 1984, 23 Seiten. – ⁵ Vgl. Report of the Secretary-General on Environment Statistics: Draft Guidelines on Materials/Energy Balances, New York 1976. – ⁶ Vgl. Survey of Environment Statistics: Frameworks, Approaches and Statistical Publication, Statistical Papers, Series M, No. 73, United Nations, Department of International Economic and Social Affairs, Statistical Office, New York 1982, insbes. S. 34 ff. – ⁷ Vgl. CES/SAEP: Comparative Survey of National Compilations of Environmental Statistics, Working Paper, Genf 1982. – ⁸ Hierzu der Hinweis auf das IIUG-Projekt „Umwelt und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“. – ⁹ Vgl. Survey of Environment Statistics, a.a.O., S. 92. – ¹⁰ Vgl. Umweltbundesamt (Hrsg.): Materialien zum Immissionsschutzbericht der Bundesregierung 1977, 1981, Berlin: 1977, 1981. – ¹¹ E. R. Koch/F. Vahrenholt: Die Lage der Nation. Umwelt-Atlas der Bundesrepublik, Hamburg 1983. – ¹² Vgl. z. B. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt des Landes Rheinland-Pfalz: Umweltqualitätsbericht 1983, Mainz 1983.

Zum Autor

Prof. Dr. Udo Ernst Simonis studierte in Mainz, Wien und Freiburg Volkswirtschaftslehre und übernahm 1973 nach längeren Forschungs- und Beratungsaufenthalten in Japan, Hongkong und Sambia eine Professur an der Technischen Universität Berlin. Seit 1981 leitet er als Direktor das Internationale Institut für Umwelt und Gesellschaft am Wissenschaftszentrum Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen liegen vor.